



Wahlforderungen des hessischen Baugewerbes zu den Landtagswahlen 2023

Ob Klimawandel, Wohnraummangel, marode Infrastruktur – für alle großen Herausforderungen in Deutschland, aber auch in Hessen liegt ein Teil der Lösung im Baugewerbe. Unsere Unternehmen arbeiten jeden Tag daran, Deutschland ein Stück moderner und zukunftsfähiger zu gestalten.

Doch die Zeit drängt. Aktuelle Krisen wie der Ukraine-Krieg, der Anstieg der Baukosten und Energiepreise bremsen das Angehen der Probleme fortlaufend.

Als Bundesland in der Mitte Deutschlands und starker Wirtschaftsstandort müssen solche Entwicklungen nun pragmatisch und lösungsorientiert angegangen werden, um weiterhin attraktiv zu bleiben. Dazu braucht das Baugewerbe aber die Rückendeckung der Politik, die die Rahmenbedingungen und den Raum schafft, ungestört zu arbeiten. Hierzu haben wir die Forderungen des hessischen Baugewerbes in komprimierter Form zusammengeführt:



Die Einführung eines eigenen Bau- und Verkehrsministeriums auf Landesebene



Bürokratie praxisgerecht umgestalten und abbauen

- **Aufstockung der Personalkapazitäten** in den entsprechenden Behörden
- Keine Planfeststellungsverfahren **bei Ersatzneubauten**, da das Projekt bereits zu einem früheren Zeitpunkt genehmigt wurde
- In Fällen, in denen das Planfeststellungsverfahren nicht wegfallen kann, soll geprüft werden, ob es nicht durch die **Plangenehmigung** zu ersetzen ist
- Einführung der **Präklusionsvorschrift**
- Einführung einer gesetzlichen **Stichtagsregelung**. Nach diesem Zeitpunkt sollten neue fachliche Erkenntnisse nicht mehr in das Projekt miteinbezogen werden
- **Keine neuen Normen** mehr einführen, die das Bauen weiterhin unnötig verzögern
- **Reduzierung** der Aufhebungsmöglichkeiten von Vergabeverfahren



(bezahlbaren) Wohnraum schaffen

- Möglichkeiten zur leichteren **Ausweisung neuer Baugebiete**
- **Monetäre Anreize** für Kommunen, **mehr Bauflächen** in ihren Gemeinden freizugeben
- **Reduktion der Grunderwerbsteuer** von 6 % auf 3,5 %, wie es beispielsweise in anderen Bundesländern gehandhabt wird
- **Erlass der Grunderwerbsteuer für die erste (selbstgenutzte) Immobilie** bis zu einem Freibetrag von 500 000 EUR
- Die **Umwidmung und der Umbau** von nicht mehr genutzten (Büro-) Gebäuden erleichtern, indem die Vorschriften dafür gelockert werden
- **Erhöhung der degressiven AfA** auf mindestens 5 %
- Belebung **Eigenkapitalförderung / -zuschussmöglichkeiten für Wohnungsbau**
- **Aufstockungen** ohne Planungsverfahren genehmigen
- **Reduzierung regulatorischer Anforderungen** (insb. Schall- & Wärmeschutz)
- **Förderprogramm „Gewerbetreibende“** (Produktionserweiterung / Standortstärkung, etc.)
- Aufweichung des **Denkmalschutzes**

4

Investitionen in die Infrastruktur

- Eine **Evaluierung** des Zustandes der landesweiten Infrastruktur sowie eine daraus resultierende **Strategie zur Modernisierung**
- Eine **Erhöhung der Investitionen** in den Erhalt und die Wartung, aber auch den **Ausbau der Straßen- und Schienennetze** hessenweit
- Anpassung der **Infrastruktur** an die Folgen des **Klimawandels** und den damit verbundenen Wetterextremen

5

Kreislaufwirtschaft im Bau zulassen

- **Zulassung von Nebenangeboten** in öffentlichen Ausschreibungen, um Bauunternehmen die Möglichkeit zu geben, recycelte Baustoffe anzubieten
- Pflicht zur **Begründung**, warum die ausschreibende Stelle Nebenangebote ausschließen will
- **Förderung von Recycling-Baustoffen** in öffentlichen Ausschreibungen
- **Verwertung von Erdaushub und Böden in anderen Bauprojekten**, wie beispielsweise im Straßen- und Wegebau
- Eine stärkere **abfallrechtliche Verantwortung** der Bauherren und Planungsstellen
- Schaffung von **Verwertungs- und Deponiekapazitäten**, um lange Transportwege zu vermeiden und damit verbundene Kosten und Belastungen zu minimieren
- Erhöhung der **Sanierungsquoten**
- Förderprogramme zur **Sanierung von Bestandsgebäuden**

6

Den Fachkräftemangel angehen und Ausbildungsbedingungen verbessern

- Herstellung von Gleichwertigkeit zwischen **dualer und akademischer Bildung**
- Höhere Investitionen in Berufsschulen und damit auch die **Sicherstellung der Unterrichtsversorgung** im Hinblick auf Qualität und Wohnortnähe. Bei der Bildung von Bezirks – und Landesfachklasse müssen Internate zur Verfügung stehen.
- Sicherstellung der **Fachklassen innerhalb der Regionen** (KEINE Zentralisierung an 2 bis 3 Standorten für ganz Hessen)
- Überregionales, einheitliches **Marketingkonzept** und zeitgemäße Bewerbung der Vakanzen
- **Ausbildungsoffensive** starten, um die Bauberufe auch in Gymnasien als beruflichen Werdegang vorzustellen
- **Vereinfachung des Wechsels** von akademischen zu handwerklichen Ausbildungen (z.B. Quereinsteigerprogramme)
- Förderprogramme zur **Finanzierung von Weiterbildungen** sowie niederschweligen Zugang zu den Programmen